A2 Demokratie schützen

Antragsteller*in: Martina Neubauer (KV Starnberg)
Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg. Nach 12 Jahren NS-Diktatur konnte sich die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg machen, um sich zu einem demokratischen Rechtsstaat zu entwickeln, der die Menschenwürde als oberste Priorität anerkennt. Am 23. Mai 2024 wird unser Grundgesetz 75 Jahre.

Seit 2017 sitzt die AfD im Deutschen Bundestag, in Bayern ist sie 2023 mit 32 Abgeordneten eingezogen und ist damit die größte Oppositionsfraktion - vor uns Grünen und der SPD.

Seit Anfang des Jahrs gehen Millionen Menschen in Deutschland auf die Straße, um sich für unsere Demokratie stark zu machen. Sie gehen auf die Straße, um ein Zeichen zu setzten für Menschenwürde und Freiheit. Vor uns liegen nicht nur die Europawahlen. Im Herbst wird in zahlreichen Bundesländern gewählt, in einem Jahr wählen wir einen neuen Bundestag und im Frühjahr 2026 stehen die nächsten Kommunalwahlen an. In den Kommunen, direkt vor Ort, müssen die demokratischen Kräfte gestärkt werden, um den Rechtsrutsch zu verhindern. Die Vertretung starker demokratischer Kräfte vor Ort, in den Kommunen, sind ein wichtiges Fundament unserer Demokratie.

Auch die Bayerischen Bezirke leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie, dazu gehört für uns:

1. Erinnerungskultur stärken

Aus der Verantwortung als Träger der Nachfolgeeinrichtungen der vormaligen Heil- und Pflegeanstalten Eglfing-Haar und Gabersee fühlen wir uns in besonderer Weise den Opfern der sogenannten „Euthanasie“-Morde und der Erinnerungskultur verpflichtet. Seit vielen Jahren befassen sich der Bezirkstag von Oberbayern ebenso wie die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) mit der Erinnerung an die Opfer und der Auseinandersetzung mit den Tätern. Diese Bemühungen müssen weitergeführt werden, damit die Geschichten der Opfer in der Bevölkerung wahrgenommen werden können.

2. Entstigmatisierung bewirken und Inklusion umsetzen

Menschen mit Behinderung, Menschen mit psychischen Erkrankungen sind immer noch von Stigmatisierungen in unserer Gesellschaft betroffen. In der Schule, in der Arbeitswelt, bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bei der Mitgestaltung des politischen Lebens vor Ort genauso wie auf Landes-, Bundes- oder der europäischen Ebene. Gezielte Kampagnen, die Einführung von Instrumenten, um Menschen den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt zu erleichtern sowie der bayernweite Krisendienst, der die Quote an Zwangseinweisungen in die Psychiatrie verringert hat, sind wichtige Schritte – allein: sie reichen nicht.

Damit wirkliche Teilhabe gelingt, benötigen wir einen Wandel in unseren Köpfen. Parteien, die ausgrenzen, aussortieren und separieren wollen haben in einer Demokratie, in unseren Parlamenten und Gremien nichts zu suchen.

3. Bezirkliche Jugendarbeit stärken

Zur Rolle und Bedeutung der Jugendarbeit haben wir erst auf der LDK in Lindau den Beschluss "Gerecht und unabhängig - wir stärken Jugendarbeit" gefasst, der natürlich auch in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist: Die selbstbestimmte, selbstorganisierte und damit selbstwirksame Jugendarbeit in den Strukturen der Jugendringe, Verbände und Organisationen, wie sie auch im Bezirksjugendring Oberbayern zusammengeschlossen sind, ist in ihrer Unabhängigkeit zu achten und bedarfsgerecht so zu fördern, dass sie unabhängig von inhaltlichen Vorgaben ausreichende und vielfältige Angebote für die Kinder und Jugendlichen machen kann. Politik- und Demokratiebildung brauchen neben formalen Lern-Kontexten vor allem den weiteren Raum nonformaler und informeller Bildungsprozesse, in denen Information, Auseinandersetzung, sich Ausprobieren, Teilhaben und Gestalten ohne (schulischen) Leistungsdruck stattfinden können. Nur so machen wir Kinder und Jugendliche "demokratiefest" und stärken sie in ihrer Persönlichkeit, damit sie in den zunehmend krisenhaften Herausforderungen unserer Zeit handlungsfähig bleiben, ihre Zukunft gestalten können und dabei nicht anfällig werden für rechte Nepper, Schlepper und Bauernfänger!

4. Kultur, Heimatpflege und Brauchtum vor Instrumentalisierung von Rechts schützen!

Oberbayern ist reich an Traditionen und Brauchtum. Ob Volksfeste, die regional unterschiedlichen und einzigartigen Trachten, oder der Dialekt - die Menschen in Bayern sind ihrer Heimat und ihrer Tradition verbunden. Dieses kulturelle Erbe ist ein Schatz, doch lebendige Traditionen entwickeln sich stetig weiter und verharren nicht im Ewiggestrigen. Sie nehmen die im Impulse einer sich stetig wandelnden Gesellschaft auf und werden reicher.

Begriffe wie Heimat und Tradition wurden schon in der Vergangenheit gerne von Rechts instrumentalisiert und genutzt, um jene auszugrenzen, die nicht 'schon immer' hier gelebt haben. Auch in jenen unserer europäischen Nachbarländer, in denen Autokraten oder Rechtsaußen-Regierungen an der Macht sind, ist es die Kultur, die leidet - durch fehlende Finanzierung, inhaltliche Kontrolle oder gar Zensur.

Es ist unsere Aufgabe, uns klar gegen diese Bestrebungen zu stellen, die Freiheit von Kunst und Kultur auf allen politischen Ebenen zu fördern und Begriffe wie Heimat, Brauchtum und Tradition nicht den Rechten zu überlassen. Denn nur wenn wir diese Begriffe prägen und mit Leben füllen, können wir dafür sorgen, dass die Heimat der einen auch die der anderen ist, und Traditionen aller Menschen, die bei uns leben, wertgeschätzt werden.

Was bedeutet das konkret?

- Mit den demokratischen Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten.
- Klare Kante gegen Rechts-Extremismus und Faschisten.
- Klare Benennung, wenn Mitglieder politischer oder sonstiger Gremien Grenzen ausloten oder diese überschreiten und konsequentes Einfordern des Schulterschlusses aller Demokrat*innen.
- Uns offen und intensiv gegen Fake und Falschinformationen stellen.
- Förderung von Kunst, Kultur, Brauchtum und Jugendarbeit ohne Vorgaben zur inhaltlichen Ausrichtung.
- Unsere Ideen für eine Vielfältige und Inklusive Gesellschaft nach vorne stellen.

Auch für uns Grüne, unsere Mandatsträger*innen, die Kandidat*innen und Basismitglieder ist diese Zeit herausfordernd. Deshalb fordern wir im Schulterschluss mit dem Landesverband Bayern und dem Bundesverband den Bezirksverband Oberbayern auf:

- Hilfsangebote für Mitglieder, die Opfer von Bedrohungen geworden sind, zu schaffen.
- Die Unterstützung und den Informationsfluss von Mandatsträger*innen an die Basis weiter zu intensivieren.
- Hilfsangebote für Kandidatinnen und Kandidaten zum Umgang mit Störern und Anfeindungen etablieren.

Unterstützer*innen

Kathrin Düdder (KV München); Florina Vilgertshofer (KV München); Andreas Ammer (KV München); Dardan Kolic (KV München)